

Young4FUN.ch wird Mitglied von TEAM (the european alliance of eu-critical movements)

Medienmitteilung vom 03. April 2003

In Tallinn (Estland) ist die EU-kritische Jugendbewegung Young4FUN.ch - vertreten durch eine kleine Schweizer Delegation - von der TEAM-Generalversammlung einstimmig als Mitglied aufgenommen worden. Unter TEAM (the european alliance of eu-critical movements) hat sich eine breite Allianz von inzwischen 65 EU-kritischen Organisationen aus 20 Nationen zusammengeschlossen, die das volle Spektrum nicht-extremistischer Politik umfasst. TEAM und Young4FUN.ch beweisen, dass es sich bei der europaweiten EU-kritischen Bewegung nicht um sture Nationalisten handelt, sondern um konstruktive Kräfte - welche eine weltweite Zusammenarbeit klar begrüßen und diese selber auch pflegen. Sie setzen sich aber auch für mehr Demokratie und bessere, gemeinsame Problemlösungsprozesse ein, bei denen die Souveränität der einzelnen Staaten nicht leidet und bei der alle Staaten demokratisch und als gleichwertig berücksichtigt werden.



Am Annual General Meeting von TEAM nahmen VertreterInnen von EU-kritischen Organisationen aus 20 Staaten teil. Darunter waren verschiedene Mitglieder des EU-Parlaments sowie von verschiedensten Jugendorganisationen. Es wurden Ideen für erfolgreiche Kampagnen insbesondere in den EU-Beitrittskandidaten-Staaten ausgetauscht und Alternativen zur EU für ein besseres, demokratischeres Europa entwickelt. Nach dem dreitägigen TEAM-Kongress in Tallinn (Estland) besuchte die Young4FUN.ch-Delegation in Finnland die "Youth against EU", um sich vor Ort ein Bild über deren Aktivitäten zu machen.

Bemerkenswert für die Young4FUN.ch-Delegation war unter anderem:

a) In nahezu allen Staaten ist man der Schweiz unglaublich dankbar, dass sie nicht in der EU ist und damit beweist, dass ein weltoffener Weg auch ohne EU gut möglich ist. Die Direkte Demokratie der Schweiz, das Modell der Schweizer Partnerschaft mit der EU und auch der Europarat (wo die Schweiz dabei ist) oder die EFTA (wo die Schweiz dabei ist) sind für viele EU-kritische Kräfte aus ganz Europa Vorbildmodelle für ihre eigenen Staaten und gerade im Bereich Direkter Demokratie auch für die EU.

b) Die Norweger sprechen alle von miserablen Erfahrungen mit dem EWR und es sind Bestrebungen da, sich vom EWR zu lösen.

c) In nahezu allen Staaten besteht zwischen der Regierung sowie den grossen Medien und den diesbezüglichen Anliegen der Bevölkerung eine grosse Diskrepanz.

d) Setzen sich Jugendliche aus Norwegen, Dänemark, Estland, Litauen, England, Schweden, Finnland, Malta etc. etc. genau wie Young4FUN.ch mit viel Einsatz und trotz heftigem Widerstand für ein besseres, demokratischeres und menschlicheres Europa ein.

Aus der Schweiz und aufgrund unserer Erfahrung mit Kampagnen, den jugendgerechten Polit-Aktivitäten und der Schweizer Aussenpolitik konnten wir auch anderen Staaten viel mitgeben.

Für Young4FUN.ch ist klar, dass internationale Aktivitäten verstärkt werden. So ist zum Beispiel unter dem Motto "Solidaritäts-Tourismus" ein Jugendcamp in Estland geplant, bei dem wir zusammen mit Jugendlichen aus Finnland, Norwegen, England, Dänemark (etc.) und natürlich Estland mit Diskussionen unter Jugendlichen und Strassentheatern die "Nein zu EU"-Kampagne in Estland unterstützen wollen. Auch setzt sich Young4FUN.ch für einen demokratischeren und weniger weit gehenden Konvent ein.

Als Gegengewicht zu den milliardenschweren Propagandakampagnen der EU wird für demokratische und kritische Bürgerinitiativen aus ganz Europa die Vernetzung und die partnerschaftliche Zusammenarbeit immer wichtiger.

Weitere Infos unter der TEAM-Homepage: www.teameurope.info

team.



Brüssel – eine Stadt, zwei Jugendbewegungen, zwei Visionen

Gedanken zur Nachbereitung der Brüsselreisen von Young European Swiss und Young4FUN.ch

Wenn Sie den Namen Brüssel hören im News von Young4FUN.ch, dann liegt eigentlich schon auf der Hand, was in diesem Artikel behandelt wird: einmal mehr die Europäische Union.

Wie Sie einer älteren Ausgabe der News entnehmen konnten, hatte Young4FUN, die Jugendbewegung der EU-Kritiker, eine Bildungsreise nach Brüssel unternommen, um die vielkritisierte EU und ihre Administration einmal „aus der Nähe“ kennen zu lernen. Die selbe Idee hatte die Young European Swiss, kurz YES, auch bekannt als die Jugendkommission der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz. Die Teilnehmer beider Reisen konnten von dem reichhaltigen Informationsangebot der Dienste und Institutionen in Brüssel Gebrauch machen, um ihre Ansichten bezüglich der EU zu vertiefen und differenzierter argumentieren zu können.

Nach der Reise kam die Idee auf, einen Dialog zwischen den jugendlichen EU-Gegnern und den jugendlichen EU-Befürwortern zu lancieren.

So versammelten sich am 22. März in der Helferei beim Grossmünster in Zürich circa 30 Jugendliche beider „Seiten“, um sich an diese kontroversen Themen heran zu wagen. Nach zwei kurzen Rückblicken über die beiden Reisen, dies unterstützt durch Photos und Filme, bildete man drei Diskussionsgruppen, um ein ausgewähltes Thema genauer zu diskutieren. Es fanden in zwei Blöcken je drei Diskussionsgruppen statt und es war auch möglich, eine französischsprachige Gruppe zu bilden, um auch die welschen Jugendlichen in den Dialog einzubinden. Es standen folgende Themen zur Auswahl:

- Bilaterale II
- Osterweiterung
- Konvent
- Demokratie in der EU



Die Diskussionen waren so vertieft, dass wir gelegentlich die Zeit etwas vergassen, jedoch liefen die Diskussionen nie ins Leere, sondern blieben immer auf der Höhe.

Inhaltlich verlief die Diskussion etwa wie folgt. Während es für uns enorm wichtig ist, dass wir unsere direkte Demokratie und die damit verbundenen Volksrechte schützen und versuchen müssen, das Modell Schweiz auf die EU abzubilden, befürchten die Anderen, dass die EU in einer Vielzahl von Volksbegehren versanden und sich so nur schwerfällig weiter entwickeln könnte. Die Diskussionsgruppen Konvent und Demokratie in der EU verliefen etwa ähnlich.

Im Rahmen der Thematik der Osterweiterung kam vor allem die Gefahr der unkontrollierten Migration und die wirtschaftlichen Schwächung der EU durch die Neuverteilung der Unterstützungen von unsere Seite, während die Anderen eine „Wiedervereinigung“ Europas für oberste Priorität halten und es als Aufgabe der EU sehen, das wirtschaftliche Gefälle zwischen der jetzigen EU und den zukünftigen Mitgliedern auf Kosten der EU abzubauen.

Bei einigen Themen stiessen wir auf grosse Differenzen, wie zum Beispiel bei dem Thema Bilaterale II, wo uns die Frage der Bestimmungen über die Wasserressourcen Europas sehr am Herzen lag

und wo wir befürchten, dass auf die Schweiz mit den Bilateralen II grosse Nachteile zukommen. Bei anderen Themen jedoch fanden wir uns wieder.



Am Ende vor dem gemeinsamen Essen, versuchten wir - wie an einer solchen Denkfabrikveranstaltung üblich - Fazit zu ziehen. Wir konnten gemeinsam und mit Freuden feststellen, dass alle gegenseitige Vorurteile abbauen konnten. Keiner der beiden Seiten beisst, keine wurde ausfällig und keine neigt zu Polemik. Beide Seiten können an der „Idee Europa“ etwas Gutes erkennen und halten eine Demokratisierung für dringlich.

Bei der Frage nach dem „Wie“ gehen die Meinungen allerdings stark auseinander. Wir sind eher der Ansicht, dass die EU ein direktdemokratisches, loses Wirtschafts- und Staatenbündnis sein sollte, mit einer Verfassung und demokratischen Institutionen, eine Vereinigung, in welcher jedes Land die nötige Unabhängigkeit bewahrt. Die Anderen sind eher der Meinung, die Schweiz sollte sofort- koste es, was es wolle – beitreten, um die Verfassung der EU wesentlich mitgestalten zu können. Sie sehen die EU eher als festen Staatenbund.

Jedoch sind wir beide der Meinung, dass die EU zur Zeit zu viele Kompetenzen zentralistisch an sich gerissen hat.

Obwohl wir zum Teil grosse Differenzen ausdiskutierten, konnten wir uns bei einigen Themen auf gemeinsame Nenner einigen, den Dialog fördern und gemeinsame bzw. gegenseitige Vorurteile abbauen. Charlotte sagte mir auf dem Heimweg: „War doch eine gute Veranstaltung – hat sich gelohnt!“ Einen respektvollen Dank an die Initiatorin, Organisatoren, Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Gabriel Neukomm, Organisation Young4FUN.ch, Zollikerberg



Armee muss sparen: Armee XXI-Befürworter ratlos, Young4FUN.ch bietet Lösungen an

Die Vorgaben des Bundesrates sind klar: An das zwei Milliarden schwere Entlastungsprogramm, mit dem die Bundesfinanzen wieder einigermaßen ins Lot gebracht werden sollen, muss auch die Armee 120 Millionen beisteuern. Was man davon hält ist das Eine. Die Frage muss jetzt allerdings lauten, wie man damit umgeht. Samuel Schmid hat warnend darauf hingewiesen, dass dadurch „bestimmte Risiken nicht mehr versichert“ (BernerZeitung 9.2.03) werden können. Die Armee XXI-Befürworter (inkl. VBS) geben sich ratlos. So hatten sie bisher doch immer darauf hingewiesen, dass für eine Umsetzung der Armee XXI mehr Finanzen benötigt werden.

Die Planer warnten: «Damit die Armee XXI ihr Leistungsprofil erfüllen kann, muss sie bis 2015 einen erheblichen Nach-

hol- und Weiterentwicklungsbedarf decken.» (Oberst im GSt Jakob Baumann, TID-Bulletin 3/2002) Wozu das Geld in der Armee XXI benötigt wird, macht Baumann in der selben Broschüre ebenfalls klar: *"Ausserdem sind die Mittel für die Erhöhung des Anteils an militärischem Personal, für den Übergang zum Einjahresrhythmus des Wiederholungskurse, für die Intensivierung der Friedensfördernden Operationen und für die Kosten der Ausbildung im Ausland freizustellen."* Fliesse kein zusätzliches Geld, könne die Armee das festgelegte Niveau gar nicht erreichen und falle unter das Niveau der Armee 95. Nötig würden dann *«frühzeitige Absprachen für eine internationale Zusammenarbeit in der Verteidigung»*, also die Flucht in die Nato.

Nehmen wir die Aussage, wozu mehr Geld für die Armee XXI benötigt wird, unter die Lupe:

"Mittel für die Erhöhung des Anteils an militärischem Personal"

= Abschied von der Milizarmee durch Berufspersonal

--> unnötig

"den Übergang zum Einjahresrhythmus des Wiederholungskurse"

= massive Behinderung der Armeeeingehörenden im Privat- und Wirtschaftsleben (bes. Jungunternehmer)

--> unnötig

"die Intensivierung der Friedensfördernden Operationen"

= der Ausbau von Auslandseinsätzen und die Schaffung von Sondereinsatzkommandos durch die Armee XXI

--> unnötig

(Gemäss dem Entwurf zum Bundesbeschluss für zivile, friedensfördernde Massnahmen im VBS sind allein für die Jahre 2004-2007 180 Millionen Franken vorgesehen. Dass das Wort "friedensfördernd" im Gegensatz zu "friedenserhaltend" auch erlaubt, an Kriegen mit dem Militär teilzunehmen und diese Einsätze unsere Neutralität und humanitäre Tradition verletzen und unsere Sicherheit gefährden, sei hier nur am Rande erwähnt.)

"die Kosten der Ausbildung im Ausland"

= Wir wissen es nicht. Aber wozu müssen sich unsere Armeeeingehörenden oder Armeepaner im Ausland ausbilden lassen?

--> unnötig

Das ist allerdings bei weitem nicht alles, was die Armee XXI an Zusatzkosten bringt. Wir müssen auch die Kosten (gemäss Aargauer Zeitung vom 27.10.02 bisher 10 Mio.) für die extern eingestellten Armee-Umbau-Berater (offenbar sogar ausländische, die dadurch in Geheimakten der Schweiz Einsicht bekommen) und die Infrastrukturvorgaben zu Gunsten der Startkonfiguration der Armee XXI (z.B. millionenschwere neue Rekrutierungszentren für die hochumstrittene Aushebung XXI) mitzählen. Auch vom Konzept "Unsicherheit durch Kooperation" könnte man sich verabschieden und dadurch Millionen sparen. Müsste dadurch doch nicht die ganze Armee auf NATO-Standards umgebaut, Beiträge an internationale Bündnisse geleistet und Schweizer Vertreter an internationalen Militärkonferenzen teilnehmen. Die Armee XXI arbeitet in die andere Richtung. Zudem verschlingt der massive Umbau der Armee - die massive Neustrukturierung - in vielen Bereichen Millionen. Das sind alles nur Beispiele. Viele weitere Faktoren müssten berücksichtigt werden, um die riesigen Zusatzkosten für die Armee XXI vollständig darzulegen. Die ganzen Finanzprobleme wären nicht da, wenn sich die Armeepaner wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren würden und sich von der radikalen Armeereform XXI verabschieden würden.

Eine weitere Sparmöglichkeit sei nur nebenbei erwähnt:

Das VBS verzichte endlich auf ihren Propagandafeldzug mit Hoch-

glanzbroschüren, Farbfolien, Musterreferaten sowie häufig erscheinenden Propaganda-Zeitungen an alle Armeeeingehörenden. Insbesondere der Verzicht auf das Versenden von 500'000 aufwendig produzierten, 49-seitigen Hochglanzkatalogen und die Herstellung von CD-Roms als Staatspropaganda für die Armee XXI sparen nicht nur Millionen, sondern fördern auch die Demokratie. Auch mit den flächendeckenden Zeitungsinseraten, um das notwendige Personal für die Armee XXI rekrutieren zu können sowie der Einstellung von x Kommunikations- oder Marketingexperten als Propaganda-Strategen liessen sich Millionen sparen. Bei der überdimensionierten Bürokratie-Verwaltung vom VBS mit über 12'000 Angestellten liegt also ebenfalls Sparpotential.

Fazit: Die 120 Millionen könnten sich also locker einsparen lassen, wenn sich das VBS endlich von der radikalen Armeereform XXI zu einer vernünftigen und der Zeit angepassten Mängelbeseitigung der Armee 95 besinnen würden. Die Armee XXI-Befürworter sollten schnellstens umdenken anstatt zu nörgeln. Sonst endet dieser XXI-Wahnsinn im grossen Fiasko. Nämlich einem *"Phantom der Planung"*, dem nur noch die *"Flucht in die NATO"* (Weltwoche 4/03) bleibt. Wir wollen eine Schweizer Armee, die sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentriert. Eine die Sicherheit der Schweiz garantierende Verteidigungsarmee kommt günstiger als radikale, auf die Abhängigkeit vom Ausland ausgerichtete Armeereformen. Dies obwohl mit der Armee XXI fälschlicherweise enorm wichtige Sicherheitsinstrumente abgeschafft werden.

Nur ein Nein zur Armee XXI erteilt der nicht finanzierbaren Radikalreform XXI eine Absage und ermöglicht eine vernünftige und zukunftsorientierte Mängelbeseitigung mit Mass, die im Gegensatz zur Radikalreform XXI erst noch unsere Neutralität, unsere Unabhängigkeit und unsere Sicherheit gewährleisten kann.

Quellen:

- www.vbs-ddps.ch/internet/groupgst/de/home/generalstab/truppeninformationsdienst/information/tidbulletin/tidbulletin.Par.0033.DownloadFile.tmp/FinanzierungAXXI-d.pdf
- Berner Zeitung 9.2.03 "Rüstungsausgaben sind tabu"
- <http://www.admin.ch/ch/d/ffi/2003/644.pdf>
- Aargauer Zeitung 27.10.02 "10 Millionen für Beraterhonorare"
- Hochglanzbroschüre "Sicher mit uns - Armee XXI" - 1. Auflage 500'000
- Weltwoche 4/03 "Villiger vs. Villiger"

Pressekonferenz des „Jugendkomitees für eine bessere Armeereform“

Medienmitteilung vom 8. April 2003

Im überparteilichen, unabhängigen „Jugendkomitee für eine bessere Armeereform“ haben sich über 1'000 Jugendliche zusammengeschlossen, um sich für die Ablehnung der Armee XXI einzusetzen. Die Jugendbewegung Young4FUN.ch hat dabei die Federführung übernommen. Das Jugendkomitee befürwortet eine Armeereform mit Mass und lehnt deshalb die radikale Totalrevision des Militärgesetzes ab, weil sie einen gefährlichen Totalumbau auf Kosten von Sicherheit, Unabhängigkeit und insbesondere der Jugend will.

Zur Medienkonferenz vom 8. April 2003 in Bern:

Evelyne Hutter, Präsidentin der Schülerorganisation der Kantonschule Sargans, hat stellvertretend für zahlreiche Schülerorganisationen, welche die Armee XXI ablehnen, dargelegt, dass die verlängerte RS nicht mehr auf die berufliche Ausbildung abgestimmt werden kann. Grosse Probleme werde auch die Verlagerung der Dienstzeit auf die Jugend verursachen. Jugendliche Dienstpflichtige würden dadurch am Arbeitsplatz massiv benachteiligt und dies fördere die Jugendarbeitslosigkeit. Hutter legte auch einen Brief der Präsidenten der Wirtschaftsverbände vor, in welchem diese die Armee XXI massiv kritisieren.

Gabriel Neukomm, ehem. Präsident der USO (Union Schülerorganisationen Schweiz) und FDP-Mitglied, erläuterte die fatalen Folgen der Armee XXI für die militärische wie für die berufliche Ausbildung. Er ist auch der Überzeugung, dass die Armee XXI finanzpolitisch nicht tragbar ist. Es sei nicht redlich von den Befürwortern, so Neukomm, von zuwenig Geld für die Armee zu sprechen und gleichzeitig mit der Armee XXI massive Mehrkosten zu verursachen unter anderem durch Armee XXI-bedingte Infrastrukturbauten, mehr Berufspersonal, mehr Ausbildung im Ausland, die Intensivierung von Auslandseinsätzen und die Schaffung von Sondereinsatzkommandos sowie den Übergang zum für Junge problematischen Einjahresrhythmus der Wiederholungskurse. Wenn sich die Armee auf ihre Kernaufgaben im Inland konzentriere, könne auch auf die mit der Armee XXI vorgesehene Streichung (aus Spargründen) von für unsere Sicherheit enorm wichtigen Einrichtungen wie den Territorialtruppen und den Flughafenregimentern verzichtet werden.

Albert Leimgruber legte den Anwesenden Auszüge von Armee XXI-Prüfungen vor, welche an Schulen durchgeführt wurden. Er protestierte heftig dagegen, dass das VBS viele Schweizer Schulen mit Propaganda-Material eindeckt und mit Schulbesuchen und obligatorischen und ordentlichen Prüfungen (bei denen die Hochglanzprospekte benützt werden mussten) zur Armee XXI auf Kosten der Steuerzahler SchülerInnen indoktriniere. Im Gegenzug sind Young4FUN.ch-AktivistInnen an einer Kantonsschule von der Verteilung von Unterschriftenbogen abgehalten worden.

Kevin Grangier wies darauf hin, dass er ein Nein zur Armee XXI als Chance zu einer massvollen und modernen Armeereform betrachte. Er lehnt die radikale Totalrevision des Militärgesetzes ab, weil sie viel zu weit geht und in den Bereichen Sicherheit, Unabhängigkeit und Jugend massive Rückschritte und Risiken bringen würde.

Lukas Reimann stellte das Jugendkomitee vor. Weiter ging er auf die neue Rekrutierung XXI ein. Das VBS verweigere trotz mehreren Anfragen die Offenlegung. Reimann hat mit vielen frisch Rekrutierten telefoniert. Er legte auch eine vor einem Monat unter frisch Rekrutierten lancierte Umfrage vor und die ersten Resultate seien schockierend. Die Jungen müssen über 800 Fragen beantworten. Viele davon sind unverschämt persönlich. Wozu das Militär wissen wolle, wie oft und mit wem man Sex habe oder wie seine Erziehung gewesen sei, fragte Reimann. Die definitiven Resultate der Umfrage würden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht. Mit den Worten „Eine Rekrutierung darf doch nicht weiter gehen als die Bewerbung zu einem Job. Es entsteht eine gewaltige, für alle obligatorische Staatsfische.“ wurde die Medienkonferenz abgeschlossen.

10 gute Gründe, die Radikalreform «Armee XXI» (Militärgesetz, MG) abzulehnen

Ein Nein als Chance für eine Reform mit Mass

Die Armee XXI ist ein gefährlicher, radikaler Umbau unserer Armee. Dieses Mal geht es nicht um die Änderung von nur zwei Artikeln des Militärgesetzes, sondern um einen Totalumbau. Eine gemässigte Mängelbeseitigung der Armee 95 würde genügen: Ihr NEIN ermöglicht eine zukunftsorientierte, moderne und flexible Armeereform mit Mass, welche als Kernkompetenz Sicherheit und Verteidigung einer neutralen und unabhängigen Schweiz vorsieht und den Bedürfnissen des Schweizer Volkes gerecht wird. Ein Nein am 18. Mai bietet viele Chancen, stärkt Bewährtes und verhindert die massiven Risiken, welche mit der Radikalreform «Armee XXI» auf die Schweiz zukommen.

Die Armee XXI ist nicht bezahlbar

Eine Radikalreform bringt riesige Kosten mit sich. Auch die mit der Armee XXI vorgesehene Intensivierung der Auslandseinsätze, die vermehrt geplante Militärausbildung im Ausland und die Aufstockung des militärischen Personals (Berufsmilitär) kosten Millionen. Immer wieder haben Planer darauf hingewiesen, dass zur Umsetzung der Armee XXI massiv mehr Geld nötig ist. Doch dieses ist nicht vorhanden. Die Armee XXI hat kein Finanzkonzept und wird scheitern. Eine Reform mit Mass, wie wir sie vorschlagen, kostet weniger und ist näher an der Realität. (Mehr dazu unter: www.young4fun.ch/news/communiques/13februar2003.htm)

Die Armee XXI führt die Schweiz in die Nato

Die Schweiz wird auch ohne Mandat der Uno oder der OSZE an internationalen Militäreinsätzen teilnehmen können. Sondereinsatzkräfte sollen weltweit und jederzeit eingesetzt werden können, wo schweizerische «Interessen» mitspielen. Diese schweizerischen «Interessen» werden sehr weit ausgelegt werden. Die Armee XXI läuft in Richtung einer professionalisierten, jederzeit international einsetzbaren und Natokompatiblen Satellitenarmee. In sämtlichen Bereichen (von der Ausbildung, über die Struktur bis zur Intensivierung der Auslandseinsätze) würde die Radikalreform die Schweizer Armee an die Nato anpassen. Die Schweiz hat mit der Nato ein Planungs- und Überprüfungsprozess-Abkommen (PARP, siehe www.vbs-dps.ch/internet/groupgst/de/home/peace/partnerschaft/interoperabilit/parp.html) unterzeichnet, in welchem genaue Vorgaben der Nato an die Schweiz festgehalten werden zur Erreichung der vollständigen Nato-Kompatibilität. Die englischen Originalverträge sind bisher nicht veröffentlicht worden - wohl weil die Schweizer Bevölkerung vehement protestieren würde. Die Radikalreformer geben selber zu, dass mit der Armee XXI alle von der Nato vorgegebenen Wünsche bis ins kleinste Detail umgesetzt würden. Mit der Armee XXI wären wir so gut wie in der Nato, ohne je darüber abgestimmt zu haben. Unsere über Jahrhunderte bewährte Neutralität, unser humanitärer Friedenseinsatz und unsere Freiheit von Machtbündnissen würde mit der Armee XXI einer gefährli-

Mehr Informationen zur Armee 21
www.armeereform.ch
www.young4fun.ch

chen Verwicklung in internationale Konflikte weichen müssen. (Schauen Sie sich dazu unbedingt die VBS-Aussagen unter www.armeereform.ch/pages/zitate.htm an.)

Die Armee XXI macht abhängig

Die Verfassung verlangt, dass die Armee die Schweiz verteidigt. Dazu ist die geplante Armee XXI jedoch unfähig, was selbst Armeepaner bestätigen. Daraus folgt, dass die Verfassung nicht eingehalten ist und die bewaffnete Neutralität als Teil des schweizerischen Friedenskonzeptes aufgegeben wird. Weil die Armee XXI das Land nicht allein verteidigen kann, sollen ausländische Armeen (EU-Armee/Nato) dabei aushelfen (sogenannte «Sicherheit durch Kooperation»). Die Schweiz würde von fremdem Militär abhängig gemacht. Der Negativpunkt dieser mit dem Schlagwort «Sicherheit durch Kooperation» betitelten Entwicklung ist die Unterwerfung einer ganzen Armee und damit eines ganzen Landes unter eine fremde Macht. Ein Nein zur Armee XXI stärkt die Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung.

Die Armee XXI gefährdet unsere Sicherheit

Die Armee XXI ist die falsche Antwort auf die sicherheitspolitische Weltlage. Sie wurde vor dem 11. September 2001 ausgearbeitet und geht von falschen Voraussetzungen aus. Es ist beängstigend, dass ausgerechnet die besonders ausgebildeten Truppen zum Schutze der Bevölkerung und lebenswichtiger Einrichtungen für unser Land abgeschafft werden sollen.

Die Armee XXI schützt nicht vor Terrorismus

Die Flughäfen spielen eine zentrale Rolle beim Schutz vor Terror, Seuchen und weiteren Gefahren für die Bevölkerung. Die Armee XXI will aber die Flughafenregimenter abschaffen. Dies ist völlig unverständlich. Der zuständige Korpskommandant meinte dazu: «Die Planer haben die Wichtigkeit des sensitiven Bereichs Flughafen nicht erkannt. [...] Genf und Zürich sind zwei ganz heikle Probleme. Innert Stunden kann sich hier die Situation ändern. [...] Wenn ein Ereignis länger dauert, ist man dringendst auf die Unterstützung der Armee angewiesen. Dies wurde bislang durch die Bataillone des Flughafenregiments sichergestellt. Wenn das fehlt, sind wir im Eimer.» Zudem würden die geplanten Sondereinsatzkommandos und die Intensivierung der Schweizer Auslandseinsätze die Gefahr eines Terroranschlages auf das eigene Land fahrlässig erhöhen. «Konfliktimport» droht: Gehst du zur Krise, dann kommt die Krise zu dir. Das oberste Ziel der Schweiz muss es sein, die Bevölkerung vor möglichen Angriffen zu schützen und sich als neutraler Kleinstaat aus den Konflikten herauszuhalten. Die Armee XXI macht das Gegenteil.

Die Armee XXI diskriminiert die Jugend

Wir Jungen brauchen eine sichere Schweiz und nicht die Armee XXI. Wir halten für fremde Kriege nicht unseren Kopf hin. Die Armee XXI vergisst die Jungen: Sie verlängert die Rekrutenschule (RS) so, dass sie nicht mehr auf die berufliche Ausbildung abgestimmt werden kann. Auch müssten Junge neu im Alter von 20 bis 27 Jahren - also für viele während ihrer Ausbildung - mindestens ein Jahr Militärdienst leisten. Die volkswirtschaftlichen Kosten werden dadurch auf die Jugend verlagert und die Jugendarbeitslosigkeit steigt. Anstatt die militärische Ausbildung, die im internationalen Vergleich bereits sehr lange dauert, effizienter zu gestalten, wird sie nochmals verlängert. Dies ist eine sehr einfa-

che Regelung auf Kosten der Jugend und keine Lösung. Dadurch wird es für die Armee noch schwerer, Jugendliche für den Militärdienst zu motivieren. Das bereits hohe Abschlussalter der Ausbildung erhöht sich weiter, zum Schaden der einzelnen, aber auch der Wirtschaft, welche auf junge Berufseinsteiger angewiesen ist.

Psycho-Rekrutierung und schlechte Ausbildung

Bei der Aushebung nach Armee XXI soll während drei Tagen (bisher maximal ein Tag) die ganze Persönlichkeit durchleuchtet werden. Über 600 - teils unverschämt persönliche - Fragen sind zu beantworten. Eine Bestimmung zum Datenschutz fehlt und alle Daten werden im Computer gespeichert. Niemand kann sich dieser Rekrutierung entziehen. Es entsteht die grösste Staatsfische in der Geschichte der Schweiz. Zudem ist es falsch, dass diese Rekrutierung für die restliche Dauer der Dienstzeit als Massstab gilt. Im Gegensatz zur Armee XXI verändern sich Junge, arbeiten an sich, bilden sich weiter und sind flexibel. Bereits bei der Aushebung (die neu drei Tage dauert) soll bestimmt werden, welchen Werdegang der zukünftige Rekrut einschlagen wird. Dies ist viel zu früh für Junge, die noch nicht einschätzen können, wie das Soldatenleben ist. Nach bereits sieben Wochen soll ein Teil der Rekruten in die Offizierschule, andere in die Unteroffizierschule verlegt werden. Auch dies ist zu früh und schwächt den Truppenezusammenhalt. Rekruten werden zum Offizier oder Unteroffizier gedrängt, ohne eine ganze RS absolviert zu haben, was zu fehlendem praktischen Wissen führen wird. Das Durchdienersystem mit zwanzig- und einundzwanzigjährigen Soldaten ist unverantwortlich. Besser wäre, den ganzen Ausbildungsbereich zu vereinfachen und klar auf die Miliz auszurichten.

Die Armee XXI ist ein aggressives Kriegskonzept

Unsere Armee diene bisher primär der Selbstverteidigung im Notfall. In Europa und Amerika werden Truppen zum globalen Kriegseinsatz geschaffen. Unsere Armeepaner richten sich auf Nato und EU-Armee aus und planen ständig bereite Schweizer Sonderkommandos für den weltweiten Einsatz. Dies wäre erst der Anfang. Wenn Grossmächte und Militärbündnisse heute völkerrechtswidrig ihre Interessen mit Krieg durchsetzen, darf sich ein neutrales und humanitäres Land nicht dafür vereinnahmen lassen. Es müsste im Gegenteil von den Grossen deutlich Recht und Menschlichkeit einfordern. Dies ist unsere Verantwortung für den Frieden, und nur das Nein zur Armee XXI nimmt sie wahr.

Die Armee XXI schafft die direkte Demokratie in wichtigen Armeefragen ab

Gemäss geplantem Militärgesetz sollen Bundesrat und Bundesversammlung zentrale Armeebelange in Verordnungen regeln können. Diese Verordnungen unterstehen aber nicht dem Referendum. Dadurch hätten die Behörden und insbesondere der Bundesrat in der Zukunft freie Bahn, die Armee ohne Mitbestimmung des Volkes umzugestalten. Falls die Armee XXI angenommen wird, hat das Volk für lange Zeit zum letzten Mal mitgeredet.

Wer sind wir?

Young4FUN.ch ist eine Organisation, welche sich für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz einsetzt (daher FUN). Wir sind keine Partei und zu rein innenpolitischen Themen beziehen wir keine Stellung. Doch eines haben wir gemeinsam und gerade die Konzentration auf Kernthemen macht unsere Stärke aus:

EU, NATO und nachteilige, internationale Abkommen lehnen wir ab, die Aussenpolitik der Schweiz beobachten wir äusserst kritisch und die Zukunft dieses Landes liegt uns am Herzen. Bereits über 1000 Mitglieder und 300 Gönner engagieren sich mit Young4FUN.ch! Young4FUN.ch ist erst im Jahr 2000 entstanden, wir sind die schnellst wachsende Jugendorganisation der Schweiz!

Was tun wir?

Young4FUN.ch ist eine Werte-bewusste, fortschrittsfähige Organisation, die die Schweizer Aussenpolitik aus dem Stillstand und der Unzufriedenheit lösen will. Wir engagieren uns bei wichtigen aussenpolitischen Abstimmungen mit intensiven Kampagnen. Wir versuchen vor allem aus Sicht der zukunftsorientierten Jugend und mit innovativen Ideen, die Bevölkerung an die Urne zu holen. Als Beispiele seien genannt: Internetkampagnen, Schulbesuche, Flugblätter, Standaktionen, Unterschriftensammlungen, Kundgebungen, etc.

Aber auch die Überwachung der Aussenpolitik der Schweiz und das vorausblickende Erkennen von neuen Gefahren ist wichtig. Via Internet und mit dieser Zeitung verschaffen wir unseren Abonnenten einen Informationsvorsprung und sorgen für eine frühzeitige Sensibilisierung. Und mit Vereinsreisen oder Weiterbildungsseminaren profitieren alle Mitglieder auch ganz konkret. Auch die internationale Vernetzung mit anderen EU-kritischen Organisationen treiben wir voran, da dies im Kampf mit multinationalen Organisationen immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Politik, Jugend und FUN?

Wir brechen eine Lanze für unsere Jugend, die nicht besser, aber auch nicht schlechter ist als die Generationen zuvor. Wachsender Werte- und Orientierungsverlust wird durch multinationale Organisationen und den Verlust der Heimat gefördert.

Wie wollen wir junge Menschen zum Mittun gewinnen, wenn Politiker daherkommen, als hätten sie gerade in eine Zitrone gebissen? Politik soll Freude und auch Spass machen! Es braucht Erneuerung, um die Menschen wieder für Politik zu begeistern. Und das ist Young4FUN.ch! Begeisterung, Freude und - ja - auch Spass an der Politik braucht unser Land. Natürlich haben wir ernste Probleme, die nicht mit der "Hoppla, jetzt machen wir mal ein bisschen Politik"-Methode gelöst werden können.

Die Aufgabe ist ernst. Aber der Weg zur Lösung darf Spass machen. Wir zeigen, dass der Einsatz für die Schweiz eine persönliche Bereicherung ist und Spass machen kann. Weil die jungen Leute Werte und Modernität in gleichem Masse schätzen, kommen sie auch in so grosser Zahl zu Young4FUN.ch!

**Wieso braucht es uns?**

Wir wehren uns gegen jegliche Fremdbestimmung, die unserem Land schadet. Der Einsatz für Freiheit, Unabhängigkeit und echte Neutralität wird immer wichtiger, um die Schweiz als lebenswertes, demokratisches Land für alle Bürger zu sichern. Der Öffentlichkeit wird ständig vorgegaukelt, die Jugend sei für die EU und gegen die Erhaltung der Schweiz. Laut repräsentativen Umfragen stimmt dies allerdings nicht. Genau das wollen wir der Öffentlichkeit mit modernen Aktionen zeigen. In Schulen und mit Staatspropaganda versucht man Bürgerinnen und Bürger illegal zu beeinflussen. Auch hier wehren wir uns!

Wer macht mit?

Gemeinsam mit Dir engagieren sich die verschiedensten Leute (Studenten, Lehrlinge, Schüler, aktive Berufsleute) aus dem ganzen Land. Alle wollen eine Schweiz, die ihre Stärken ausspielt und nicht in multinationalen Organisationen wie der EU oder der NATO untergeht.

Wenn auch Du unsere Ziele verfolgst, dann sollte es Dir den Mitgliederbeitrag wert sein, um unseren Auftrag zu unterstützen, sei es auch als Passivmitglied oder Gönner. Engagiere Dich für die Zukunft der Schweiz und fülle unser Beitrittsformular aus.

Impressum**„NEWS@young4fun.ch“**

ist das unregelmässig erscheinende offizielle Organ von Young4FUN.ch. Alle Sympathisanten, Mitglieder und Gönner erhalten es kostenlos.

Das Abo kostet für alle anderen 10.00 SFr.

Herausgeber

Young4FUN.ch
Postfach 569
9501 Wil
info@young4fun.ch
www.young4fun.ch
www.eunein.ch
www.uenon.ch
PC-Konto: 90-724162-3

Redaktion

Lukas Reimann

Gestaltung

Markus Tretheway

Auflage:

3000 Exemplare

Ihr News@Young4FUN.ch Team